



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 14. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter
Andreas Steppuhn
(SPD)

Einrichtung eines Gesundheits- und Kurmittelzentrums an der Bodetal-Therme Thale II

Im Rahmen der 22. Sitzung des Landtages am 22. März 2012 habe ich an die Landesregierung zwei Fragen zur Einrichtung eines Gesundheits- und Kurmittelzentrums an der Bodetal-Therme in Thale gestellt.

Die seinerzeit von der Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft Frau Prof. Dr. Wolff gegebenen Antworten und die in diesem Zusammenhang erfolgten Nachfragen veranlassen mich dazu, erneut zwei Fragen an die Landesregierung zu stellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist im Fördermittelbescheid für die Bodetal-Therme Thale seinerzeit explizit ausgeschlossen worden, dass ein Kurmittelzentrum oder eine kurmittelzentrumsähnliche Einrichtung zugelassen wird und hat dieser Punkt seinerzeit bei den Beratungen im Kabinett und im Finanzausschuss des Landtages eine Rolle gespielt?
2. Worin genau unterscheiden sich die spezialtherapeutischen und physiotherapeutischen Angebote des Kurzentrums Bad Suderode und des neu eingerichteten Kurmittelhauses in Thale? Ich bitte um eine Aufzählung der Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Zielgruppenüberschneidungen.

2. Abgeordneter
Markus Kurze
(CDU)

Preisspirale bei Benzin und Diesel stoppen

In Sachsen-Anhalt besteht ein hohes öffentliches Interesse an Mobilität, insbesondere bei der Wirtschaft des Landes und bei den zahlreichen Berufspendlern. Die rasanten Preisanstiege bei Treibstoffen in jüngster Zeit wirken sich nicht nur auf die inflationäre Entwicklung, sondern auch zunehmend auf die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen negativ aus. Dabei muss man feststellen, dass der rasante Preisanstieg weder mit steigender Nachfrage noch mit gestiegenen Rohölkosten begründbar ist. Angesichts der Entwicklung an den Rohölmärkten müsste man stattdessen von sinkenden Preisen ausgehen. Tägliche Preissprünge von bis zu 12 Cent je Liter lassen sich rationell nicht mehr erklären.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat das Land Sachsen-Anhalt eigene Möglichkeiten zur kartellrechtlichen Prüfung von Preisabsprachen der Konzerne und wie unterstützt das Land Sachsen-Anhalt das Bundeskartellamt, um gemeinsam geeignete Maßnahmen gegen die steigende Preisschraube an den Tankstellen durchzuführen?
2. In welchem Umfang wirken sich aktuelle hohe Sprit- und Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Sachsens-Anhalts aus und gibt es Absprachen zu einem gemeinsamen Vorgehen der mitteldeutschen Länder?

3. Abgeordnete
Verena Wicke-Scheil
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Planungsausschuss gemäß Krankenhausgesetz

Die vermehrte Zusammenarbeit des stationären und ambulanten Sektors ist eine lang debattierte Forderung, die aktuell durch das Versorgungsstrukturgesetz in einzelnen Punkten gestärkt wird. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung, den drohenden Ärztemangel im ländlichen Raum und die Krankenhausstruktur könnte die Verbindung der Sektoren gerade für Sachsen-Anhalt ein wichtiges Thema sein. Die beidseitige Beteiligung der Sektoren an bestehenden Gremien wäre ein möglicher Weg zur Etablierung einer zunehmenden Kooperation.

Ich frage die Landesregierung:

Gibt es Überlegungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales, die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalts und die Landes-Ärztekammer Sachsen-Anhalt als unmittelbar Beteiligte am Planungsausschuss gemäß § 9 des Krankenhausgesetzes bei intersektoralen Themen zu berufen?

4. Abgeordnete
Angelika Hunger
(DIE LINKE)

**Nachfrage zur Drucksache 6/447
(Rücklagenbildung bei Kreisen mit doppischer
Haushaltsführung)**

Auf meine Frage in der 10. Sitzung des Landtages am 6. Oktober 2011 antwortete der Minister für Inneres und Sport, dass in seinem Ministerium unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände geprüft würde, inwieweit eine Modifizierung des gegenwärtigen Verfahrens sinnvoll erscheinen könnte. Er verwies weiter auf die Erarbeitung einer neuen Kommunalverfassung, die eine eindeutige Antwort auf diese Frage geben werde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse hat die Prüfung einer Modifizierung ergeben?
2. Wie ist der Stand der Erarbeitung einer neuen Kommunalverfassung, wann ist mit einem ersten Entwurf zu rechnen?

5. Abgeordneter
Dietmar Wehrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Finanzierung der Umweltbildungszentren 2012

Mit Schreiben vom 30. März 2012 hat das Landesverwaltungsamt den Umweltbildungszentren des Landes Sachsen-Anhalt mitgeteilt, dass die im Haushaltsplan 2012/2013 veranschlagten Mittel zur Förderung von Umweltmaßnahmen nicht in vollem Umfang zur Bewirtschaftung zur Verfügung stünden und deshalb eine Kürzung des Förderbetrages um 14,35 % notwendig werde. Die Planungen der Umweltbildungszentren sind somit hinfällig und werden aller Voraussicht nach personelle Konsequenzen haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die Mitteilung des Landesverwaltungsamtes, nach der den Umweltbildungszentren nicht die vollen Mittel für das Jahr 2012 zur Verfügung stehen und auf welcher Grundlage erfolgte diese Entscheidung?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die fehlenden Mittel im Jahr 2012 anderweitig zu kompensieren und werden den Umweltbildungszentren im Jahr 2013 100 % der im Haushalt eingestellten Mittel ausgezahlt?

6. Abgeordnete
Eva von Angern
(DIE LINKE)

**Presseberichterstattung vom 17. April 2012
„Pressesprecher soll Frau belästigt haben“**

Der Volksstimme vom 17. April 2012 war unter der Überschrift „Pressesprecher soll Frau belästigt haben“ zu entnehmen, dass ein Pressesprecher des Kultusministeriums einer Bewerberin anzügliche Nachrichten via Handy geschickt haben soll. Das Ministerium bestätigte die Vorwürfe gegenüber der Volksstimme und teilte zudem mit, dass der betroffene Mitarbeiter nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe sofort beurlaubt worden und später das Arbeitsverhältnis aufgelöst worden sei. Laut Presseberichterstattung ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung auf sexueller Grundlage.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und durch wen hat wer im Bereich der Landesregierung erstmals Kenntnis über den oben benannten Sachverhalt erhalten sowie zu welchem Zeitpunkt, durch wen und auf welchem Weg erhielt der betroffene Pressesprecher des Kultusministeriums von den entsprechenden Bewerbungsunterlagen Kenntnis?

2. Welche konkreten personalrechtlichen Entscheidungen hat die Landesregierung zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen getroffen und wurde die zuständige Gleichstellungsbeauftragte über diese personelle Maßnahme gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Frauenförderungsgesetz LSA informiert?

7. Abgeordnete
Dr. Angelika Klein
(DIE LINKE)

Bau einer Eissporthalle in Halle

Laut Mitteldeutscher Zeitung vom 16. April 2012 haben der Finanzminister und der Minister für Inneres und Sport verabredet, dass die Stadt Halle eine neue Eissporthalle erhalten soll. Dieses Vorhaben ist sicher unterstützenswert.

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 17. April 2012 wird die Aussage des Finanzministeriums zitiert, dass das Konzept der Stadt Halle und des Eissportvereins bis Juni vorliegen müssen, damit eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung im Nachtragshaushalt des Landes eingestellt werden kann. Die Stadt Halle selbst befindet sich im Haushaltskonsolidierungsprozess.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Projekte im Sport müssen gestrichen werden, damit das Land diese Eissporthalle mitfinanzieren kann?
2. Werden die Eigenanteile der Stadt Halle, die sie aufgrund des Haushaltskonsolidierungsprozesses vermutlich nicht aufbringen kann, ebenfalls vom Land übernommen?

8. Abgeordneter
Stefan Gebhardt
(DIE LINKE)

Ausreichung der Fördermittel für Freie Theater

Das Landeszentrum Spiel und Theater (LANZE) hat als zuständiger Landesdachverband auch für das Jahr 2012 für das Landesverwaltungsamt Förderanträge der Freien Theater begutachtet und die Antragsverfahren fachlich begleitet. Ein großer Teil der Anträge zielt als Realisierungszeitraum

auf die Sommermonate Juni bis August ab. Die Vorbereitungsfristen der Theaterveranstaltungen belaufen sich in der Regel auf vier bis sechs Monate. Bisher gibt es gegenüber den Antragstellern der Freien Theaterprojekte keine Zuwendungsaussagen bzw. Bewilligungsbescheide, ebenso gibt es keine Genehmigungen zum vorzeitigen Maßnahmebeginn. Nach Aussage der für die Organisation Verantwortlichen belastet dieser rechtsoffene Zustand die Vorbereitungsmaßnahmen zu den Inszenierungen außerordentlich und gefährdet das Sommertheaterangebot in Sachsen-Anhalt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Förderung Freier Theaterprojekte sind für das laufende Jahr beim Landesverwaltungsamt eingegangen und beschieden und wie viele davon betreffen den Realisierungszeitraum bis August 2012?
2. Wie und nach welchen inhaltlichen Kriterien soll die Förderung Freier Theaterarbeit mit den mehrmonatigen Vorlaufzeiten bis zu den notwendigen Vertragsabschlüssen ab dem Jahr 2013 umgesetzt werden?

9. Abgeordneter
Jan Wagner
(DIE LINKE)

Nachschulische Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen

Für die nachschulische schultägliche Bildung und Betreuung sowie für die Bildung und Betreuung von Kindern mit geistiger Behinderung in den Ferien liegt nunmehr die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses dem Parlament als Beratungs- und Entscheidungsgrundlage vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann, durch wen und in welcher Weise werden die Förderschulen und die Eltern davon in Kenntnis gesetzt, dass für die Schülerinnen und Schüler ihrer Schule bei Bedarf gegebenenfalls zehn Stunden schultäglich für die Bildung und Betreuung zur Verfügung stehen können?

2. Welche Personalressourcen stehen den Förderschulen gegebenenfalls zusätzlich zur Verfügung, falls der Bedarf von schultäglich zehn Stunden tatsächlich abzudecken wäre und eine Ferienbetreuung abzusichern ist?

10. Abgeordneter
Hans-Joachim Mewes
(DIE LINKE)

Ferienbetreuung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen

Für die nachschulische schultägliche Bildung und Betreuung sowie für die Bildung und Betreuung von Kindern mit geistiger Behinderung in den Ferien liegt nunmehr die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses dem Parlament als Beratungs- und Entscheidungsgrundlage vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann, durch wen und in welcher Weise werden die Förderschulen und die Eltern davon in Kenntnis gesetzt, dass für die Schülerinnen und Schüler ihrer Schule nach Bedarf Bildungs- und Betreuungsangebote in den Ferien zur Verfügung stehen?
2. Wann, durch wen und in welcher Weise wird der tatsächliche Bedarf der Eltern und Familien für die Bildung und Betreuung ihrer Kinder in den bevorstehenden Pfingstferien erhoben?